Fränkische Straße 2 · 53229 Bonn
Telefon +49 228 98849-0 · Telefax +49 228 98849-99
info@bvse.de · www.bvse.de

Bundesverband Sekundärrohstoffe
und Entsorgung e. V.

An den Beauftragten der Bundesregierung
für Sucht- und Drogenfragen
Herrn Prof. Dr. Hendrik Streeck
Bundesministerium für Gesundheit
11055 Berlin

Bonn, 20. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Professor Streeck,

E-Zigaretten machen abhängig und gefährden die Gesundheit. Insbesondere als Einweg-E-Zigaretten stellen sie bei falscher Entsorgung zudem ein hohes Brandrisiko dar. Circa 60 bis 80 Millionen Einweg-E-Zigaretten werden pro Jahr in Deutschland in Verkehr gebracht. Die Zigaretten enthalten einen Lithium-Akku, der nicht entnommen werden kann. Nach nur kurzem Gebrauch landen diese mülltonnengängigen Produkte in nahezu allen denkbaren Abfallströmen und können sich bei Beschädigung so stark erhitzen, dass sie verheerende Brände auslösen.

Mittlerweile kämpfen Entsorgungs- und Recyclinganlagen in Deutschland nahezu täglich gegen Brände in ihren Anlagen, die auf einen unkontrollierten Rücklauf von Geräten mit Lithium-Batterien oder einzelnen Akkus zurückzuführen sind. Darunter auch sehr viele Einweg-E-Zigaretten. Wir schätzen, dass sich der jährliche gesamtwirtschaftliche Schaden in der Branche mittlerweile in Milliardenhöhe bewegt.

Darüber hinaus wollen kaum noch Versicherer die Risiken abdecken. Ohne eine Versicherung ist der Betrieb von Recyclinganlagen jedoch nicht möglich. Die Recyclinginfrastruktur ist dadurch in Gefahr.

Maßnahmen, die durch die Novelle des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) vorgeschlagen werden, erachten wir nicht als ausreichend. Der Entwurf sieht vor, dass Händler von Einweg-E-Zigaretten ab dem 30. Juni 2026 verpflichtet sind, diese auch kostenlos zurückzunehmen. Wir glauben jedoch nicht, dass die Verbraucher dieses Angebot (ohne ein wirksames Pfand) annehmen werden.

Dies sieht auch der Bundesrat so, der sich in einer Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung erneut für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten ausgesprochen hat.

Ich wende mich heute an Sie mit der Bitte, sich ebenfalls für ein Verbot einzusetzen. In den EU-Mitgliedstaaten Frankreich und Belgien wurde dieses Verbot bereits umgesetzt.

Vor einigen Tagen hatte ich ein Gespräch mit dem Bundesumweltminister Carsten Schneider, der das Thema sehr ernst nimmt, aber auch signalisiert hat, dass das Bundesgesundheitsministerium zunächst gefragt sei, ein solches Verbot durchzusetzen.

In einer breiten Verbändeallianz haben wir bereits 2024 in einem offenen Brief an die damalige Bundesumweltministerin Lemke auf die Gefahren durch Einweg-E-Zigaretten hingewiesen. Dieses Schreiben füge ich Ihnen nachrichtlich bei.

Für Rückfragen oder ein persönliches Gespräch stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Der bvse e.V. vertritt ca. 1.100 Unternehmen der Entsorgungs- und Recyclingbranche und hat seinen Hauptsitz nach wie vor in Bonn. Ich würde mich freuen, wenn wir uns in Bonn oder auch alternativ in Berlin zu einem Austausch treffen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Hauptgeschäftsführer

Anlage